

„Ein Konkurs wäre fahrlässig“

Staatssekretär Koschyk warnt CSU-Freunde vor Polemik in der griechischen Krise

VON GEORG ESCHER

In der CSU gibt es einige, die Griechenland am liebsten aus der Euro-Zone drängen wollen. Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk (Bayreuth) hält das für unüberlegtes Geplapper.

FÜRTH – Den Namen Hans-Peter Friedrich nimmt Hartmut Koschyk nicht in den Mund. Doch jedes CSU-Mitglied bei der Versammlung im Fürther „Grünen Baum“ wird gewusst haben, wer gemeint war. Als erstes Kabinettsmitglied hatte der Bundesinnenminister Athen zum Austritt aus dem Euro-Verband gedrängt. Sein Parteifreund Koschyk, als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium ungleich intensiver mit der Materie befasst, findet das höchst gefährlich: „Ein ungeordneter Konkurs in einem Währungsverbund, mit Ansteckungsgefahr und möglichem Dominoeffekt – das wäre fahrlässig“, warnt er.

Für ihn ist das vergleichbar mit der Pleite der Lehman-Bank in den USA im September 2008, die Auslöser war für eine globale Finanzkrise. Niemand würde die Entscheidung der damaligen Regierung Bush, das mächtige Bankhaus in die Insolvenz zu schicken, heute noch verteidigen wollen, ist sich Koschyk sicher. Ganz ähnliche Folgen aber könnte es haben, wenn mit Griechenland ein Euro-Land in die Pleite geschickt wird.

Koschyk erinnert seine Parteifreunde auch daran, dass Deutschland nicht ganz unschuldig ist an der griechischen Misere. Schon bei der Aufnahme der Hellenen in den Euro-Verband habe man großzügig die Augen zugeedrückt. Nicht zuletzt die Deutschen hätten verhindert, dass die EU-Statistikbehörde Eurostat tiefere



Milde Rüffel für seine Parteifreunde: Hartmut Koschyk. Foto: dpa

Einblicke in die Bücher nehmen durfte. Zudem hätten deutsche Institute an der griechischen Überschuldung „ganz ordentlich verdient“.

Auch für Koschyk ist unzweifelhaft, dass Griechenland mit einem reinen Sparkurs nicht zu retten ist. „Wir werden das Land erst wieder auf die Beine bringen, wenn wir auch Wachstumsimpulse setzen“, sagt er. Natürlich verschweigt er nicht, dass der Staatsapparat dort noch in einem Zustand ist, in dem er einen Teil der Hilfe gar nicht annehmen kann.

An dieser Stelle liegt Koschyk auch überkreuz mit Bayerns Finanzminister Markus Söder. Sein Parteifreund ist strikt dagegen, Beamte nach Athen

zu entsenden, um dort die Verwaltung neu aufzubauen. „Nein. Die Bayern bleiben in Bayern“, hatte er jüngst in einem Interview getönt. Koschyk hält das für falsch – und tatsächlich werden wohl auch Bayern unter den 160 Experten sein, die Deutschland schicken wird.

Für unumgänglich hält Koschyk aber nicht nur eine Rosskur für Griechenland. Zwingend ist für ihn auch, dass die Finanzmärkte deutlich stärker reguliert werden. „Die Finanzmärkte haben sich von der Realwirtschaft entfernt“, kritisiert der CSU-Mann unumwunden. Künftig müssten sie wieder eine „dienende Funktion“ einnehmen: sie soll Unternehmen mit Krediten versorgen und nicht in erster Linie mit kaum noch verständlichen Finanzprodukten spekulieren.

Drakonische Reformschritte

Unterstützung bekam der Bayreuther CSU-Mann von seinem Staatssekretärskollegen Christian Schmidt aus dem Verteidigungsressort, der ihn nach Fürth eingeladen hatte. Angesprochen auf die anstehende Schicksalswahl in Griechenland, bei der das Expertenkabinett unter Ministerpräsident Lucas Papademos abgelöst werden soll, zeigte sich Schmidt vorsichtig optimistisch. Auch Antonis Samaras, der Chef der konservativen Nea Dimokratia, hat sich nach langer Gegenwehr schriftlich dazu verpflichtet, die vereinbarten drakonischen Reformschritte mitzutragen.

Viel wichtiger findet Schmidt allerdings die baldige Wahl in Frankreich. Wenn dort der Sozialist François Hollande tatsächlich Präsident werden sollte, dann sei zu befürchten, dass der vereinbarte EU-Fiskalpakt wieder aufgeweicht werde.